

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für das Haushaltsjahr 2018



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wieder ist ein Jahr seit unserer letzten Rede zum Haushalt der Gemeinde vergangen und alle unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet.

Der Entwurf des Haushaltsplans für 2018 macht deutlich, dass keinerlei Handlungsspielräume mehr bestehen. Die Rücklage sinkt um ca. 4 Mio. € auf die gesetzliche Mindestrücklage von ca. 706 T€, eine weitere Kreditaufnahme von 3,1 Mio. EUR ist nötig, um wenigstens die dringendsten Pflichtaufgaben erledigen zu können; ausgehend vom ursprünglichen Entwurf war eine Kreditaufnahme mit 5,5 Mio. € vorgesehen. Nur durch Streichungen und Verschiebungen einzelner Positionen in Folgejahre wie beispielweise die Erneuerung von Trennwänden in der Anne-Frank-Schule oder einen Erweiterungsbau der Waldschule ist es gelungen, die Kreditaufnahme spürbar zu reduzieren. Gleichwohl handelt es sich bei den Verschiebungen in Folgejahre nicht um effektive Einsparungen, sondern nur um eine Verlagerung von dringend notwendigen Ausgaben. Mit entsprechenden Kostensteigerungen für die unterlassenen Investitionen ist zu rechnen.

Die Gemeinde steht finanziell mit dem Rücken zur Wand!

Seit Jahren fordert unsere Fraktion notwendige Weichenstellungen in die Wege zu leiten, um den Haushalt mittel- und langfristig zu stabilisieren und zu sanieren. Die Gemeinde lebt über ihre Verhältnisse.

Erst die Androhung der Kommunalaufsicht, zukünftige Haushalte der Gemeinde nicht mehr genehmigen zu können, brachte bei Ihnen, Herr Bürgermeister, den Mitarbeitern der Verwaltung und einigen Gemeinderäten das Umdenken.

Bereits in unserer Haushaltsrede für den Haushalt des Jahres 2016 leiteten wir unsere Rede mit den Schlagworten ein:

- kein Freiraum für Investitionen
- Verwaltung des Mangels
- prognostizierte Steigerung der Verschuldung

Der Schuldenstand des Kernhaushaltes wird sich dramatisch weiter erhöhen. Die Kreditaufnahme von 3,1 Mio. EUR dient primär der Deckung laufender Ausgaben und dringend notwendiger Investitionen. Gestaltungsspielräume beispielsweise für die Umsetzung von Leitbildzielen bestehen nicht. Ein Rechtsstreit, dessen Ausgang zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht vorauszusehen ist, belastet die Gemeindefinanzen zusätzlich. Sofern der Instanzenweg eingeschlagen wird, wird alleine durch Gerichts- und Anwaltskosten die Gemeinde im Millionenbereich in den kommenden Jahren belastet sein.

Summa Summarum werden sich die Verpflichtungen am Kapitalmarkt auf 21 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2018 erhöhen.

In unseren Haushaltsreden der Jahre 2013 und 2015 plädierten wir auf die Erstellung eines Masterplans, sollten wir alle unsere zahllosen freiwilligen Leistungen erhalten wollen. Der Masterplan blieb in der Vergangenheit aus. Die Verbindlichkeiten stiegen weiter, auf Druck der Kommunalaufsicht wurde eine Haushaltsstrukturkommission gebildet, erste Einsparvorschläge der Kommission wurden umgesetzt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Haushaltsentwurf 2018 mit den damit verbundenen Ausgaben und Einnahmen stimmt uns von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wütend. Die massiven Ausgaben bei den freiwilligen Einrichtungen, dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen und der laufenden als auch der neu erforderlichen Finanzierung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung lassen uns finanziell keine Luft mehr zum Atmen. Investitionen, egal in welchem Bereich müssen durch weitere Kredite finanziert werden. Kosten für einen noch nicht absehbaren Rechtsstreit gegen die

Gemeinde belasten den Haushalt unkalkulierbar. Weitere Gebührenerhöhungen werden unumgänglich sein, um dringend benötigte Gelder zu generieren.

Lässt man die Ausführungen unseres Leiters der Gemeindeverwaltung in seiner Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2017 und in diversen öffentlichen Gemeinderatssitzungen Revue passieren, so sind die Schuldigen für die finanzielle Misere der Gemeinde schnell identifiziert. Einerseits handelt es sich um die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und andererseits um die Regierung des Landes Baden-Württemberg.

Es ist uns seit Jahren bekannt, dass auf die Gemeinden finanzielle Verpflichtungen in Form von Kinderbetreuungsplätzen im Bereich der unter 3-jährigen Kinder und im Bereich der Anschlussunterbringung von Asylbewerbern zukommen. Offensichtlich ist es anderen Gemeinden möglich, diese Herausforderungen zu stemmen und durch geeignete Maßnahmen und Kapitaleinsatz umzusetzen.

Es ist uns auch seit Jahren bekannt, dass für die Sanierung der Gemeindestraßen ein jährlicher Aufwand in Höhe von 1,5 Mio. € erforderlich ist. Neu hinzugekommen ist die Thematik des Hochwasserschutzes bei Starkregen bzw. bei vollgelaufenen Kellern in den einzelnen Ortsteilen; als erste unverbindliche Kostenschätzung wurde hier der Betrag von 10 Mio. € genannt.

Seit Jahren wird von unserer Fraktion die Aufstellung eines Masterplans zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen gefordert.

In seiner Haushaltsrede zur Verabschiedung des Gemeindehaushalts 2017 wird durch den Bürgermeister ausgeführt, in dieser Beziehung nicht aktiv genug gewesen zu sein. Wir haben diese Äußerung so verstanden, dass es in der Rathauspitze angekommen ist, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Im ersten Quartal 2017 war avisiert, dass entsprechende Sitzungen des Gemeinderats und der Verwaltung stattfinden sollen. Durch das Schreiben des Landratsamtes Karlsruhe vom 01.02.2017 wurde jedoch ein derartiger Handlungsdruck erzeugt, der keinen weiteren Aufschub zur Einleitung dringend notwendiger Maßnahmen duldete.

Dankenswerterweise hat die CDU-Fraktion bereits im Rahmen der Diskussion zum Haushalt 2017 die Implementierung einer Haushaltsstrukturkommission beantragt. Diesem Antrag wurde stattgegeben, die Mitglieder der im Anschluss gegründeten Haushaltsstrukturkommission

rekrutierten sich aus allen Fraktionen. Im Laufe des Frühjahrs 2017 erfolgte noch eine externe Unterstützung durch fachlich prädestinierte Vertreter der Hochschule in Kehl.

Im Rahmen der einzelnen Sitzungen der Haushaltsstrukturkommission wurde eine Vielzahl von Einsparmöglichkeiten identifiziert und akribisch aufbereitet. Parallel wurde im Rahmen von Gemeinderatssitzungen in Form einer Bewertung unserer Aufwandspositionen individuell durch jeden Gemeinderat eine sogenannte Wirkungsbeitragsanalyse zu den einzelnen Aufwandspositionen erstellt. Ziel dieser Wirkungsbeitragsanalyse war zu ermitteln, welche Positionen einen hohen Wert für die Gemeinde darstellen und welche Positionen aufgrund ihrer Bewertung eine untergeordnete Bedeutung ausweisen (A-B-C-Analyse). Die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission und der individuellen Einschätzung waren nahezu deckungsgleich.

Es ist festzustellen, dass die Vorschläge sowohl der Haushaltsstrukturkommission als der externen Beratung nicht oder teilweise nicht in der gewünschten Ausprägung im Rahmen anschließender Beratungen des Gemeinderats umgesetzt wurden. Welche Beweggründe dahinter stehen entzieht sich unserer Kenntnis. Der avisierte Einsparungsbetrag mit 1,2 Mio. € - 1,5 Mio. € wurde nicht annähernd erreicht.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten: Der Berg kreiste und gebar eine Maus.

Und wie geht es nun weiter? Nachdem der Themenkreis der C-Gruppe überwiegend abgearbeitet ist, verbleiben uns noch Handlungsfelder in den Themen der B-Gruppe aus der Wirkungsbeitragsanalyse. Beispielsweise seien hier die Bereiche der Schulen, der Kinderbetreuung, der Feuerwehr, des Freibads, der Betreuung von Asylsuchenden und einzelner Ämter der Gemeindeverwaltung genannt.

Es ist schon eine gehörige Portion Optimismus nötig, um zu glauben, dass bei diesen komplexen Aktivitäten ein - zumindest mittelfristiger - Einsparungseffekt zu erzielen ist.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das immer wieder in der Diskussion aufkommende Heilmittel der Interkommunalen Zusammenarbeit. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, warum sich umliegende Städte und Gemeinden an unseren defizitären Einrichtungen wie Volkshochschule und Musikschule beteiligen sollen. Im Gegenteil, sofern diese freiwilligen Aufgaben an andere Kommunen verlagert werden, sind die hieraus auflaufenden Defizite durch uns auszugleichen. Einspareffekte sind hier nicht ersichtlich.

Diskussionen in der Öffentlichkeit und im Gremium des Gemeinderats zu den Defiziten der einzelnen freiwilligen Einrichtungen nur auf das Thema

des zahlungswirksamen Defizits zu reduzieren, vermittelt das Bild, dass alles nicht so schlimm wäre. Allein das operative Ergebnis zu betrachten, ohne das Gesamtergebnis einzubeziehen, ist fahrlässig. Der in der Vergangenheit in mehreren öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats angesprochene Begriff der Abschreibungen wird dadurch schlichtweg negiert. Abschreibungen als solche sind zu verdienen. Mit den verdienten Abschreibungen sind Reparaturen und Ersatzbeschaffungen zu finanzieren und nicht durch Kreditaufnahmen oder durch Streichungen bzw. Verschiebungen auf Folgejahre anderer wichtiger Maßnahmen.

Seitens einzelner Gemeinderatsmitglieder sowie der Verwaltung wird als allein selig machende Lösung unseres monetären Problems immer wieder aufgeführt, dass im Baugebiet Rück II durch Grundstückskäufe Mittel in Höhe von 3 Mio. € gebunden sind. Im Rahmen des Abschlusses des Umlegungsverfahrens sollen diese Gelder zuzüglich erhoffter Gewinne freigesetzt werden. Zu beachten ist jedoch, dass hierbei auch Umlegungszahlungen seitens der Gemeinde erforderlich sind; daneben ist im Baugebiet eine neue Kindertagesstätte mit 6 Gruppen zu erstellen. Wie allgemein bekannt, belaufen sich die Kosten je Kindergartengruppe auf 500 T€. Die potenziell durch Grundstücksverkäufe zu erlösenden Gelder daher als Einnahmen zu bezeichnen ist schlicht naiv!

Entlang der Talstraße sollen auf Gemeindegrundstücken Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum erfolgen. Es ist außerhalb jeglicher Realität, zu glauben, dass Investoren - in Erwartung von Mieterträgen, die unterhalb der ortsüblichen Mieten liegen - nicht auf spürbar reduzierte Grundstückspreise bestehen.

In welcher Höhe tatsächliche Gewinne generiert werden können, bleibt abzuwarten. Gewinne in welcher Höhe auch immer dürften jedoch bereits zur Ertüchtigung unserer Straßen bzw. des Kanalnetzes ihre Verwendung finden. Ich verweise hier auf meine Eingangsbemerkungen.

In welchem Wolkenkuckucksheim leben wir eigentlich, wenn suggeriert wird, dass der Gemeindehaushalt sich über das Projekt Rück II sanieren lässt.

Darauf, dass wir - wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen - durch zufällige Ereignisse „den Kopf aus der Schlinge“ ziehen konnten, sollten wir uns nicht verlassen.

Die Erschließung weiterer Baugebiete wie das Gebiet Fleckenhöhe, das von Ihnen, Herr Bürgermeister und wenigen Mitgliedern des Gemeinde-

rates, als finanzieller Heilsbringer gesehen wird, werden wir auch in Zukunft konsequent ablehnen. Unsere Kommune hat andere Probleme als sich an Prestigeprojekten zu verbeißen.

Die Gemeinde Waldbronn ist nach unserer Auffassung als Sanierungsfall zu betrachten. Übertragen wir die Situation der Gemeinde auf ein Unternehmen der privaten Wirtschaft ergeben sich die gleichen Herausforderungen an die Umsetzung einer Sanierung. Neben wirksamen Kostensenkungsmaßnahmen ist dies im Wesentlichen die Erhöhung von Einnahmen. Inwieweit Eingriffe in die Gebühren- und Steuerschraube seitens der Bevölkerung weiter akzeptiert wird, ist zumindest fraglich. Neben den bereits diskutierten und in Teilbereichen umgesetzten Maßnahmen betreffen weitere Kostensenkungsmaßnahmen auch den Bereich der Personalkosten in Verbindung mit der konsequenten Untersuchung und Optimierung der betrieblichen Arbeitsabläufe. Ohne weitere externe Unterstützung dürften hier jedoch zählbare Ergebnisse nur schwer zu realisieren sein.

Als eine weitere dringend erforderliche Maßnahme ist der Verkauf nicht notwendigen Vermögens durchzuführen. Die Gemeinde verfügt noch über eine Anzahl von Liegenschaften, die in erheblichen Umfang Gelder für den Unterhalt und für Reparaturaufwendungen benötigen, ohne dass entsprechende Erträge oder Gewinne generiert werden. Teilweise bestehen Leerstände, teilweise handelt es sich um Erbpachtgrundstücke. Diese Immobilien weiter im Bestand zu halten entspricht nicht den kaufmännischen Grundsätzen.

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat in seiner großen Rede am 26.04.1997 im Hotel Adlon, Berlin, ausgeführt:

„Wir müssen Abstand nehmen von lieb gewonnenen Besitzständen. Durch Deutschland (hier: Waldbronn) muss ein Ruck gehen. Wir leisten uns noch den Luxus, so zu tun, als hätten wir für die Erneuerung beliebig viel Zeit. Ich warne alle, die es angeht, Reformen aus wahltaktischen Gründen zu verzögern oder scheitern zu lassen“

Die Gültigkeit dieser Sätze ist nicht anzuzweifeln.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird dem Haushaltsplan 2018 aus den benannten Gründen **nicht** zustimmen.

Zugestimmt wird dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das Geschäftsjahr 2018.

Ihnen allen geruhsame und gesegnete Weihnachten und ein zufriedenes Jahr 2018.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !